

Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 5. April 1933

Nr. 23

Tag	Inhalt:	Seite
30. 3. 33.	Verordnung über die Neuwahl von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen . . .	91
29. 3. 33.	Neunte Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen land- schaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten . . .	91
	Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen . . .	92
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw. . .	92

(Nr. 13860.) Verordnung über die Neuwahl von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen. Vom 30. März 1933.

Auf Grund der §§ 2 und 5 des Gesetzes über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen vom 3. Juni 1921 (Gesetzsamml. S. 379) wird bestimmt, daß die Wahl der von den Provinzialverwaltungen zu bestellenden Mitglieder des Reichsrats durch die Provinzialausschüsse und den Magistrat in Berlin am 11. April 1933 stattfindet.

Berlin, den 30. März 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Papen. Göring.

(Nr. 13861.) Neunte Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten. Vom 29. März 1933.

Auf Grund des Artikels 94 Abs. 2 der Durchführungsverordnung vom 29. November 1925 zum Aufwertungsgesetz (Reichsgesetzbl. I S. 392) und der Ersten und Zweiten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Ansprüchen gegen öffentlich-rechtliche Grundkreditanstalten vom 20. Januar 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 96) bzw. vom 30. Juli 1926 (Reichsgesetzbl. I S. 429) wird hiermit folgendes verordnet:

§ 1.

Artikel 1 der Zweiten Verordnung über die Aufwertung der Ansprüche aus Pfandbriefen und Schuldverschreibungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten vom 16. November 1926 (Gesetzsamml. S. 301) wird aufgehoben.

§ 2.

Der Ablösungswert der Pfandbriefe der Westpreussischen Landschaft und der Neuen Westpreussischen Landschaft, die gemäß Artikel 39 des deutsch-polnischen Aufwertungsabkommens vom 5. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. 1929 II S. 578) zur Ablösung von Hypotheken auf Grundstücken in den an die Republik Polen abgetretenen Teilen des Landschaftsgebiets verwendet werden, ist auf der Grundlage des für die Ablösung von Hypotheken in dem preussisch gebliebenen Landschaftsgebiete festgesetzten Ablösungswerts zu errechnen.

(Wierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 19. April 1933.)
Gesetzsammlung 1933. (Nr. 13860—13861.)

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 29. März 1933.

Der Preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Der Kommissar des Reichs.

Eugenberg.

Der Preussische Finanzminister.

Der Kommissar des Reichs.

Popitz.

Der Preussische Minister für Wirtschaft und Arbeit.

Der Kommissar des Reichs.

In Vertretung:

Claßen.

Der Preussische Justizminister.

Der Kommissar des Reichs.

In Vertretung:

Hölcher.

Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzsamml. S. 597).

1. Die Central-Landschaftsbank für die Preussischen Staaten in Berlin ist für die Hinterlegung von Wertpapieren in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818, 2116 des BGB. als Hinterlegungsstelle bestimmt. Veröffentlichung der Verordnung ist im Ministerialblatt für die landwirtschaftliche Verwaltung Nr. 11 vom 18. März 1933 erfolgt. Die Rechtskraft beginnt mit dem 19. März 1933.

Berlin, den 20. März 1933.

Preussisches Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

2. In dem Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 34 vom 9. Februar 1933 und im MBlB. Teil II vom 15. Februar 1933 ist eine Bekanntmachung des Preussischen Ministers des Innern vom 8. Februar 1933, betreffend die Deutsche Arzneitage 1933, veröffentlicht, die mit Wirkung vom 15. Februar 1933 in Kraft getreten ist.

Berlin, den 24. März 1933.

Preussisches Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 6. Februar 1933

über die Bestätigung von Änderungen der Satzung der Stadtschaft der Provinz Brandenburg

durch die Sonderbeilage zum Amtsblatt der Regierung in Potsdam Nr. 8, ausgegeben am 18. Februar 1933;

2. der Erlaß des Preussischen Staatsministeriums vom 16. Februar 1933

über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Aktiengesellschaft Chemische Fabriken in Berlin für den Bau einer 15 000 Volt-Leitung zur Übertragung elektrischer Energie zwischen den Werken Coswig und Reinsdorf

durch das Amtsblatt der Regierung in Merseburg Nr. 9 S. 38, ausgegeben am 4. März 1933.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin,

Verlag: H. von Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Rinkstraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM. vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Rpf., bei größeren Bestellungen 10—40 v. S. Preisermäßigung.